Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 187 vom 27.09.2018 Seite 022 / Finanzen & Börsen

Ungewöhnliche Allianz

Die Bundesregierung und der französische Staat lancieren mit dem US-Vermögensverwalter Blackrock einen Fonds gegen den Klimawandel. Staatliche und private Geldgeber sollen im großen Stil kooperieren und Mittel für Investments in Schwellenländern bereitstellen.

Astrid Dörner, Silke Kersting, Peter Köhler New York, Berlin, Frankfurt

Grünes Gipfeltreffen in New York: Auf dem hochkarätig besetzten "One Planet Summit" in der wichtigsten Finanzmetropole der Welt gab es am Mittwoch einen denkwürdigen Schulterschluss zwischen den Regierungen in Berlin und Paris sowie privaten Geldmanagern. Ihr gemeinsames Ziel: den Kampf gegen den Klimawandel forcieren. Dazu gründet die Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich, mehreren Stiftungen und dem weltgrößten Vermögensverwalter Blackrock eine Partnerschaft, um privates Kapital für Investitionen in den Klimaschutz zu mobilisieren. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Blackrock-Chef Larry Fink wollten die Fondsinitiative noch auf der Klimakonferenz verkünden, hieß es von Insidern im Vorfeld der Veranstaltung.

Gemeinsam gegen den Klimawandel: Die Regierungen und Stiftungen könnten eine Art Anschubfinanzierung für einen Klimainvestmentfonds leisten und dafür zunächst bis zu 100 Millionen Dollar mobilisieren, hieß es in Finanzkreisen. Institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Staatsfonds, Versicherungsunternehmen, Family Offices und weitere Stiftungen sollen hernach ein Vielfaches der Summe aufbringen. Mit den Mitteln aus dem Eigenkapitaltopf würden dann Investitionen in erneuerbareEnergien und emissionsarme Transportsysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern in Asien, Afrika und Südamerika gefördert.

"Das Pariser Abkommen verpflichtet uns, auch die Finanzströme anzupassen und mit Investitionen kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklungen zu unterstützen", sagte der deutsche Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth dem Handelsblatt. "Die Investitionen institutioneller Anleger stellen dabei eine riesige potenzielle Finanzierungsquelle dar. Diese neue Zusammenarbeit bietet großartige Möglichkeiten, die wir gerne unterstützen."

Zu den Stiftungen, die neben den Regierungen Kapital für die Partnerschaft bereitstellen, gehören auch die Ikea-Stiftung, die Hewlett-Stiftung und die Grantham Foundation, die vom britischen Vermögensverwalter Jeremy Grantham zum Schutz der Umwelt gegründet worden ist. Blackrocks Fondsmanager werden die Gelder verwalten und sollen zudem weitere Investoren finden, hieß es von einem Insider. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen fehlen jedes Jahr rund 1,5 Billionen Dollar an Finanzierungsmöglichkeiten, um die Ziele zu erreichen, die im Pariser Klimaabkommen festgehalten wurden (siehe rechts).

Viele Details - wie etwa das geplante Volumen des Fonds - sind noch offen. Auch soll erst in den kommenden sechs Monaten festgelegt werden, wie viel Kapital die Gründungsmitglieder genau investieren und wie hoch die Verwaltungsgebühren von Blackrock sind. Der global führende Vermögensverwalter betreut etwa sechs Billionen Dollar. Als Blaupause für das Vorhaben könnte ein Blackrock-Fonds dienen, der 2017 aufgelegt wurde. Der "Global Renewable Power II" sammelte bei 67 institutionellen Anlegern aus Asien, Europa und Nordamerika insgesamt 1,65 Milliarden Dollar ein. Blackrock hat für seine Kunden bisher in über 250 Wind- und Solarenergieprojekte investiert. Rund 100 Geldgeber haben für insgesamt vier Fonds rund fünf Milliarden Dollar bereitgestellt.

Blackrock-Chef Fink engagiert sich mit dem früheren New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg in einer Taskforce, die Unternehmen auffordert, die eigenen Klimarisiken auf eine standardisierte Weise Investoren mitzuteilen. Fink hat sich immer wieder zum Thema Klimaschutz geäußert und Unternehmen aufgefordert, langfristiger zu denken und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst zu sein. Zum ersten Mal werde Blackrock nun gezielt in klimafreundliche Projekte in Schwellenländern investieren, hieß es.

Schwellenländer im Fokus Das sei grundsätzlich sinnvoll, erklärte die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch am Mittwoch. In den nächsten Jahren bestehe in den Schwellenländern erheblicher Bedarf an Infrastrukturinvestitionen. Falls dieser Ausbau über CO2 - intensive Projekte laufen sollte, die dann für mehrere Jahrzehnte genutzt würden, wären die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht zu halten. "Wegen dieses drohenden 'High-Carbon Lock-in'-Effekts sind die Investitionen der nächsten paar Jahre so entscheidend", erklärte Germanwatch.

Auch wenn Details zu den erwarteten Renditen noch nicht bekannt sind, hat die Partnerschaft ehrgeizige Ziele. "Beim klassischem Impact-Investing schwingt immer mit, dass man auf einen Teil der Rendite verzichtet, dafür aber in etwas Sinnvolles investiert. Hier wollen wir eigentlich keine Abstriche bei der Rendite machen", sagte einer der Organisatoren. Die Investoren erwarteten üblicherweise beim Thema erneuerbareEnergien Renditen zwischen fünf und sieben Prozent, sagte ein Geldmanager.

"Nach unseren Erkenntnissen haben solche Investments keine niedrigeren Renditen mehr als andere, weil sozial verantwortliche Unternehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit insgesamt besser geführt werden", heißt es in einer Studie der US-Investmentbank JP Morgan. Die Experten schätzen, dass weltweit 23 Billionen Dollar an verwaltetem Vermögen in irgendeiner Form Umwelt- und soziale Kriterien beachtet. Aber nur bei 2,5 Billionen Dollar werde dies systematisch in den Anlageprozess integriert, während ausgesprochene "ESG-Fonds" auf 108,3 Milliarden Dollar kommen. ESG steht für "Environment, Social, Governance", also für ökologische, soziale Belange und gute Unternehmensführung als Kriterien bei den Anlagen.

Der "One Global Summit" wirkt wie ein Protest am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Frankreichs Präsident Macron, UN-Generalsekretär Antonio Guterres und Weltbankchef Jim Yong Kim haben die Konferenz gemeinsam mit dem Milliardär Michael Bloomberg im Jahr 2017 zum ersten Mal organisiert. Auch wenn die USA unter Präsident Donald Trump als einer der größten Kohlendioxid-Produzenten der Welt aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten sind, sucht die Konferenz weiter nach Lösungen, um gegen die Erderwärmung anzukämpfen.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Unternehmen müssen verstehen, wie sich strukturelle Trends auf ihr potenzielles Wachstum auswirken.

Larry Fink

Blackrock-Chef, im Januar.

Klimaziele

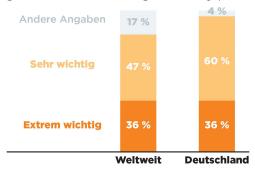
Das Abkommen von Paris wurde Ende 2015 auf der UN-Klimakonferenz verabschiedet und ist das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls. Die Staatengemeinschaft hatte sich darin verpflichtet, den durch Treibhausgase verursachten Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad zu begrenzen, besser wären sogar 1,5 Grad. Dazu wurde eine Reihe von übergeordneten Zielen festgelegt. Unter anderem soll zunehmend Kapital für klimafreundliche Investitionen bereitgestellt werden. Speziell Industrieländer sollen von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar in den Umbau der Energieversorgung investieren. Doch die Pläne sind sehr ambitioniert. Der Weltklimarat glaubt nicht, dass sie eingehalten werden können.

Der "One Planet Summit" basiert auf einer Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und fand 2017 am Rande der UN-Klimakonferenz in Bonn zum ersten Mal statt. Ziel der Konferenz ist, konkrete Initiativen zu fördern, um die Pariser Klimaziele erreichen zu können. So wurde in den vergangenen Monaten eine Reihe von Fonds und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die unter anderem in Projekte gegen die zunehmende Wüstenbildung investieren und den karibischen Inseln dabei helfen, widerstandsfähiger gegen Klimaschäden zu werden. Dabei engagieren sich auch die Bill & Melinda Gates Foundation sowie die Stiftung des ehemaligen New Yorker Bürgermeisters, Michael Bloomberg.

Dörner, Astrid Kersting, Silke Köhler, Peter

Profi-Anleger denken um

Bedeutung der Kriterien Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung in der Anlagepolitik



HANDELSBLATT Quelle: Blackrock Global Insurance Report 2018
Hardelstels Nr. 187 von 70 20218
Co. K.O. Alle Rente vonehaben.
Zum Erwerb wettegehender Rechte vonehaben anzurgsprechteighnib de.

Quelle:Handelsblatt print: Nr. 187 vom 27.09.2018 Seite 022Ressort:Finanzen & BörsenBranche:GEL-01-15-06 Investmentgesellschaften P6720Dokumentnummer:45F4D095-ABD4-45B1-87F2-7ECC7BB49A82

Ungewöhnliche Allianz

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH